Die Deutsche Geschichte

um 1848

Ereignisse rund um das Hambacher Schloss

Ein geschichtlicher Rückblick

© W.E./2025

Die Revolution von 1848/49 ist zentral für die deutsche Demokratie- und Nationalstaatsgeschichte.

- Sie gilt als Meilenstein der deutschen Demokratie und des deutschen Nationalstaats und ist Bezugspunkt für die Verfassungen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik.

- Zugleich steht 1848 für das Scheitern der Demokratiebewegung und das Wiedererstarken der Monarchie.

Die Phase der sogenannten Restauration von 1815 bis 1830 war eine Zeit deutscher und europäischer Transformation. Neben der Repression revolutionärer Umtriebe zeichnete sie sich auch durch eine Neuordnung der internationalen Mächteordnung sowie die Friedenssicherung nach den napoleonischen Kriegen aus.

Der Reichsdeputationshauptschluss, der 1803 die Verfügungsmasse bestimmte, führte zu einer Flurbereinigung revolutionären Ausmaßes: Geistliche Staaten wurden aufgelöst („säkularisiert“) und kleinere weltliche Besitzungen und Städte von größeren Staaten integriert („mediatisiert“), so dass schließlich von rund 300 staatlichen Einheiten nur 39 Staaten übrigblieben.

Von diesen Umverteilungen hatten vor allem die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden profitiert, die nun nicht mehr bereit waren, ihre neu gewonnenen Gebiete und Titel wieder preiszugeben.

Schon in den Verträgen von 1813 und 1814, die ihren Eintritt in die antinapoleonische Allianz besiegelten, hatten sie sich den Erhalt ihres Status zusichern lassen.

Eine „Restauration“ im Sinne einer Wiederherstellung vorheriger Zustände blieb daher vollkommen ausgeschlossen.

© W.E./2025

Status nach dem Wiener Kongress 1815

© W.E./2025

Die Staatsmänner verständigten sich 1815 auf die Schaffung eines „Deutschen Bundes“ als eine Föderation von souveränen Einzelstaaten mit einer ständigen Bundesversammlung als einzigem zentralen Organ.

Die in der „Bundesakte“ festgelegte Satzung des Deutschen Bundes wurde Bestandteil der am 8. Juni 1815 unterzeichneten Schlussakte des Wiener Kongresses.

Die Entwicklung in den ersten Jahren nach dem Wiener Kongress schien also in mancherlei Hinsicht offen: Sowohl eine liberale Verfassungsentwicklung in den Einzelstaaten als auch eine stärkere nationale Integration innerhalb des föderalen Deutschen Bundes waren im Bereich des Möglichen.

Ansätze der kulturellen nationalen Integration wurden gefördert.
So stellte sich beispielsweise im August 1819 die Bundesversammlung hinter das Vorhaben des Freiherrn vom Stein, Dokumente zur älteren deutschen Geschichte zu sammeln, woraus die Monumenta Germaniae Historica hervorging. Die Bundesversammlung hielt dies explizit für ein „für die vaterländische Geschichte“ wichtiges Unternehmen. Anders als lange wahrgenommen reagierte der Deutsche Bund also nicht mit blinder Repression auf jegliche Manifestation nationaler Zugehörigkeitsgefühle. Diese provozierten jedoch unmittelbare Reaktionen, wenn sie im Verdacht standen, gewaltsame und revolutionäre Umsturzversuche zu begünstigen. Als am 23. März 1819 der Theologiestudent Carl Ludwig Sand den Schriftsteller und Diplomaten August von Kotzebue ermordete, fürchtete (nicht nur) der österreichische Staatsmann Clemens von Metternich eine revolutionäre Verschwörung, die zu vereiteln als die zentrale Aufgabe der Nachkriegsordnung galt. Damit schlug der Deutsche Bund ab 1819 einen – wie Jürgen Müller meint – „reaktionären Kurs“ ein.

© W.E./2025

Den Anschlag auf Kotzebue – von der Forschung als erstes politisches Attentat der Moderne auf deutschem Boden bezeichnet – hielt Metternich nicht für die Tat eines Einzelgängers.

Die „Flamme des Volksgefühls“, die Sand nach eigenen Aussagen hatte entzünden wollen, galt es auszulöschen und die „Volksrache“ gegen die Regierenden im Keim zu ersticken.

Dass sich Sand im Übrigen ebenso wie die Vertreter der Heiligen Allianz auf den Willen Gottes und das Christentum berief, machte ihn und seine Einstellung für die restaurativen Kräfte nicht weniger gefährlich.

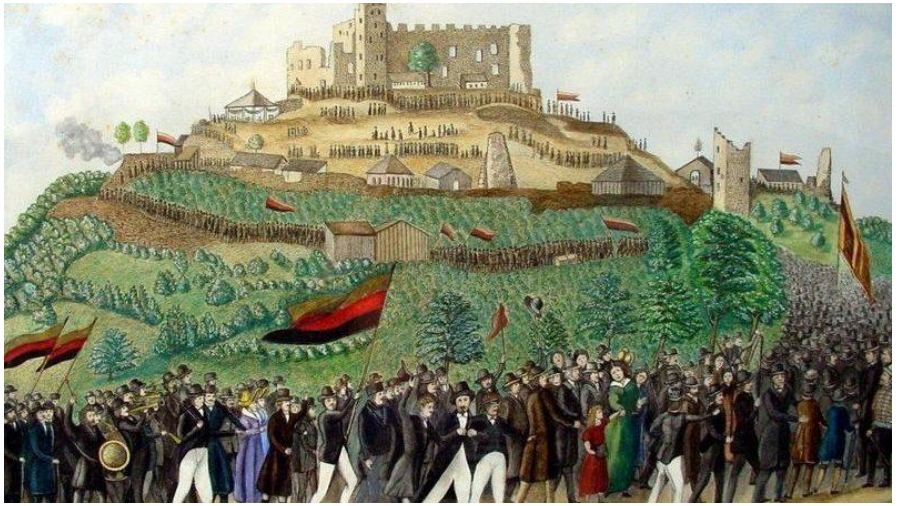
Gerade aber weil die Akteure, von denen die Gefahr auszugehen schien, im gesamten deutschen Bereich Presseprodukte lasen und sich über die Hochschulverbindungen in allen deutschen Staaten bewegen konnten, einigten sich die Staaten des Deutschen Bundes in Karlsbad auf gemeinsame Maßnahmen: die „berühmt-berüchtigten Karlsbader Beschlüsse“ (Siemann) vom September 1819, die eine Überwachung der Universitäten und eine Zensur von (politischen) Druckschriften einführten. Zugleich wurde eine Zentraluntersuchungskommission in Mainz eingesetzt, deren Aufgabe es war, revolutionäre Umtriebe aufzuspüren, die die allgemeine Ordnung und Sicherheit gefährden könnten.

In den Jahrzehnten des deutschen Vormärz entfalteten sich sehr vielfältige und widersprüchliche Entwicklungspfade.

Während eine wirtschaftliche Modernisierung einsetzte und die Kultur aufblühte, stagnierte die politische Entwicklung und wurde immer wieder durch Phasen der Restauration und Repression zurückgeworfen.

© W.E./2025

Schloss Hambach
Ort der Demokratiegeschichte



© W.E./2025

Der Begriff “Vormärz“ für die Jahrzehnte der deutschen Geschichte vor der Revolution von 1848 ist problematisch. Er definiert einen Zeitraum von dem Wissen her, was anschließend geschah. Das führt zur Vernachlässigung des eigenständigen Charakters dieser Epoche.

Am zeitlich umfassendsten ist das Verständnis, das die Epoche des Vormärz mit dem Abschluss des Wiener Kongresses 1815 beginnen lässt.

Nach der äußeren Befreiung von der napoleonischen Fremdherrschaft 1813 bis 1815 erwarteten viele Deutsche, insbesondere die Jüngeren, die ihr Leben auf dem Schlachtfeld riskiert hatten, eine innere Emanzipation von den feudalen und absolutistischen Strukturen, die das Alte Reich geprägt hatten. Die vom Wiener Kongress für den Deutschen Bund mit seinen 41 Mitgliedstaaten beschlossene Bundesakte kündigte in ihrem Artikel 13 „landständische Verfassungen“ an.

Einen weit beachteten Aufschwung nahm die deutsche Einheits- und Freiheitsbewegung mit dem Wartburgfest am 18. Oktober 1817. Sein Anlass war das Gedenken an den Beginn der Reformation 300 Jahre zuvor mit Luthers Wittenberger Thesenanschlag und der vierte Jahrestag der Leipziger Völkerschlacht von 1813. Etwa 500 Studenten von überwiegend evangelischen Universitäten und einige Jenaer Professoren zogen von der Stadt Eisenach auf die Burg und forderten „Ehre, Freiheit, Vaterland“.

Der Deutsche Bund unter Leitung von Österreichs Staatskanzler Fürst Metternich organisierte mit seinen Karlsbader Beschlüssen die Verfolgung von sogenannten Demagogen unter den Studenten und mit ihnen sympathisierenden Professoren, verbot die Burschenschaften, unterwarf die Universitäten einem rigiden Überwachungssystem und führte die Zensur für Bücher und Presse ein.

So herrschte in den 1820er Jahren eine Zeit der politischen Friedhofsruhe.

© W.E./2025

Das änderte sich, als im Jahr 1830 durch die **Julirevolution** in Frankreich sich die dortige Monarchie den bürgerlichen Kräften öffnete und es in Polen zu Aufständen gegen die russische Zarenherrschaft kam.

Nun gaben sich auch die deutschen Mittelstaaten Kurhessen, Sachsen und Hannover Verfassungen.

Doch die Forderungen der liberalen Bewegung gingen inzwischen weiter als die Gewährung von Konstitutionen in den Einzelstaaten, sie richteten sich auf die Herstellung der gesamtdeutschen Einheit, die Sicherung allgemeiner Freiheitsrechte und die Durchsetzung des demokratischen Prinzips der Volkssouveränität.

Eines der zentralen Ereignisse dieser Fortschrittsbewegung wurde im Mai 1832 das Hambacher Fest.

Dabei zogen 20.000 und 30.000 Bürger von der Stadt Neustadt an der Weinstraße auf die vier Kilometer entfernte Hambacher Schlossruine, hörten emphatische Reden über den beginnenden europäischen Völkerfrühling, sangen Lieder und schwenkten Fahnen in den Farben Schwarz, Rot und Gold, die schon beim Wartburgfest gezeigt worden waren, allerdings nicht immer in der Reihenfolge, die später für die demokratische Nationalflagge Deutschlands festgelegt wurde.

Erneut reagierten die im Deutschen Bund versammelten restaurativen Kräfte mit verschärften Verbotsmaßnahmen gegen politische Vereinigungen, öffentliche Kundgebungen und Volksversammlungen sowie der Untersagung des Zeigens schwarz-rot-goldener Farben.

Doch auf Dauer konnte die liberale Bewegung nicht unterdrückt werden.

© W.E./2025

Übersicht bzgl. Aufstände und Proteste

© W.E./2025

Ein großes Zeichen der Versöhnung zwischen dem protestantischen Königshaus und den überwiegend katholischen Westprovinzen war die Entscheidung des Königs im Jahr 1842, die Vollendung des mittelalterlichen Kölner Doms zu fördern, der schließlich 1880 fertiggestellt wurde.

Doch bald verdunkelte sich die wirtschaftliche und soziale Großwetterlage wieder.

Die in Deutschland bei der Textilherstellung vorherrschende Verarbeitung von Wolle und Flachs (Leinen), die zumeist in Heimarbeit in ärmlichen Agrar- und Bergregionen erfolgte, sah sich der überwältigenden Konkurrenz durch englische Fabriken ausgesetzt. In ihnen wurden Textilprodukte aus Baumwolle maschinell erzeugt, die aus britischen Kolonien stammte.

Es kam zu Protesten der Heimarbeiter gegen ihre Verleger, die den Rohstoff lieferten und die Fertigwaren verkauften.

Zur bekanntesten dieser Unruhen wurde der Weberaufstand in Oberschlesien 1844.

Hinzu trat in der Mitte der 1840er Jahre der Ausbruch von dramatischen Hungerkrisen infolge des anhaltenden demografischen Wachstums und von gravierenden Missernten. In ganz Europa grassierte 1846/47 die Fäule von Kartoffeln, dem Hauptnahrungsmittel der ärmeren Bevölkerung.

Es kam zu Unruhen auf Wochenmärkten und in Bäckereien; nur mit Polizeigewalt und dem Einsatz von Militär konnten in den östlichen Landesteilen Preußens Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden.

© W.E./2025

Ruhiger blieb es in den preußischen Westprovinzen, in denen die durch die industrielle Revolution eingeleitete Wohlstandsentwicklung weiter vorangeschritten war.

Das rheinisch-westfälische Besitz- und Bildungsbürgertum drängte auf stärkere Mitsprache am politischen Geschehen, doch die Einberufung eines Vereinigten Landtags aus den ständischen Versammlungen der verschiedenen preußischen Provinzen im Frühjahr 1847 erfüllte die weitverbreitete Forderung nach einer preußischen Nationalversammlung kaum, der König bestand auf seinem Gottesgnadentum.

Auf gesamtdeutschen Treffen gesellschaftlicher Art wie dem Heidelberger Turnertreffen Mitte Juni 1847, dem zwei Wochen später in Lübeck stattfindenden Sängerfest und den Germanistenversammlungen im September 1846 in Frankfurt am Main und ein Jahr später ebenfalls in Lübeck wurde als zwingende Folgerung aus der gemeinsamen Erfahrung der geselligen und kulturellen Einheit die Überwindung der politischen Vielstaatlichkeit in Deutschland beschworen.

Ganz offen erhoben wurden politische Forderungen von südwestdeutschen Demokraten im September 1847 auf ihrer Versammlung im badischen Offenburg und den Liberalen einen Monat später in ihrem Heppenheimer Programm.

Allgemein herrschte zu Beginn des Jahres 1848 in der Öffentlichkeit das Gefühl, dass Veränderungen vor der Tür standen, doch die Meinungen über ihre Richtung waren zwiespältig.

- So herrschte neben Hoffnung auch viel Verunsicherung.
- Die Epoche des Vormärz ist ein Beleg dafür, dass Geschichte grundsätzlich als offener Prozess zu verstehen ist.

© W.E./2025

Die Ereignisse der Jahre 1848/49 waren folgenreich für die deutschen Staaten.

Die mit der Revolution verbundene Hoffnung auf einen geeinten konstitutionellen Nationalstaat und die Erfahrung politischer Freiheit gingen in das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung ein.

Im Frühling des Jahres 1848 erfasste eine Welle revolutionärer Bewegungen die Staaten des Deutschen Bundes – wie auch große Teile Europas. Während der Erschütterungen, die bis zum Spätsommer des darauffolgenden Jahres andauern sollten, gerieten Throne ins Wanken. Verhasste Verbote wurden weggewischt, und ein genereller „Aufbruch zur Freiheit“ lag in der Luft.

Das scheinbar plötzliche und vermeintlich unwiderstehliche Auflodern der revolutionären Flammen, das schwindelerregende Gefühl unbegrenzter Veränderungsmöglichkeiten und dann die ebenso rapide erfolgende obrigkeitliche Eindämmung der Revolutionen führten dazu, dass dieser knappe Zeitraum manchen Zeitgenossen als geradezu unwirklich erschien.

Früh kam – gerade aus konservativer Sicht – für 1848/1849 der Begriff des „tollen Jahres“ auf: Zeitgenossen und spätere Betrachter vertraten den Gedanken, es habe sich hier um eine hitzige, die Regeln der Vernunft sprengende Entgleisung gehandelt.

Mitte Mai 1848 begannen die Beratungen der deutschen Nationalversammlung.

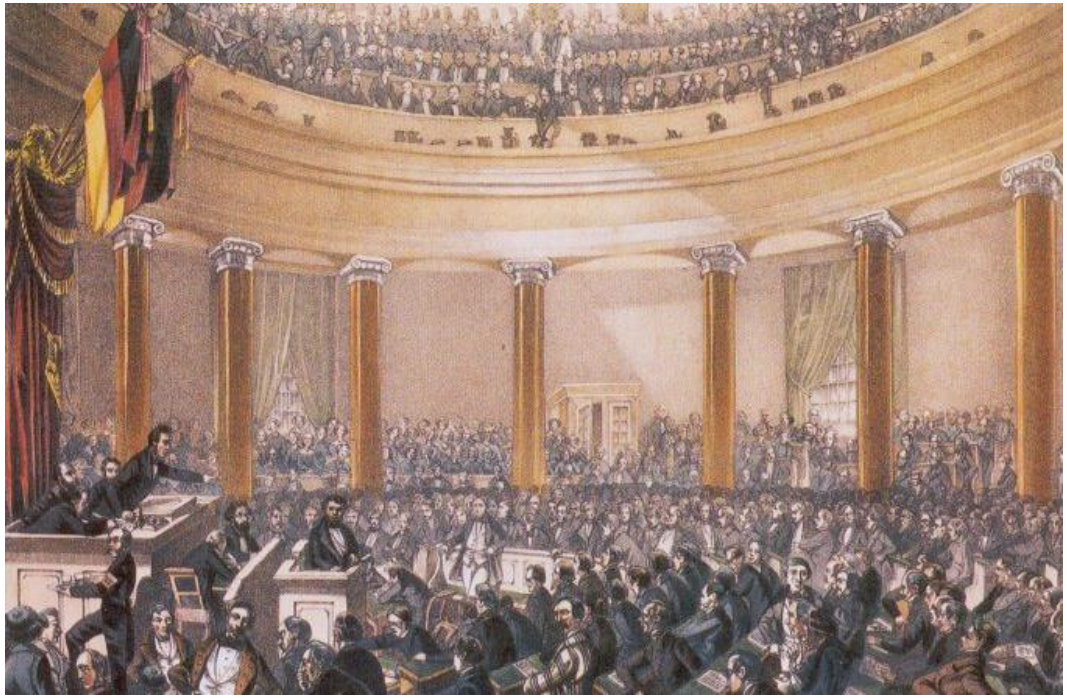
Ihre 585 Mitglieder waren aus freien Wahlen hervorgegangen, die im April und Mai 1848 in allen Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes stattfanden.

© W.E./2025

Die Ereignisse der Jahre 1848/49 waren folgenreich für die deutschen Staaten.

Am 18. Mai 1848 begannen die Beratungen der deutschen Nationalversammlung.

Ihre 585 Mitglieder waren aus freien Wahlen hervorgegangen, die im April und Mai 1848 in allen Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes stattfanden.



© W.E./2025

Am 18. Mai zogen die Abgeordneten feierlich in die Frankfurter Paulskirche ein, um sich der historischen Aufgabe zu widmen, Deutschland durch eine liberale Verfassung zu einen.

Getragen von der Gunst der Stunde und der kurzfristigen Lähmung der monarchischen Einzelstaaten erweiterte das Parlament wenig später noch seine Befugnisse, indem es eine deutsche Regierung, die „Provisorische Zentralgewalt“ unter der Führung eines von ihm bestimmten „Reichsverwesers“ einrichtete.

- Die Nationalversammlung bestand aus einer Gruppe wortgewaltiger, tiefschürfender und redseliger Männer zumeist bürgerlicher Herkunft – in der Hauptsache Staatsdiener und Freiberufler. In den Wahlen hatten sich die moderat liberalen Honoratioren durchsetzen können, die zunächst zuversichtlich davon ausgingen, die gewünschten Veränderungen mit den fürstlichen Machthabern vereinbaren zu können.

- Die großen Hoffnungen, die auf der Paulskirche lagen, konnte das Parlament nicht erfüllen. In der Kürze des machtpolitischen Augenblicks, der ihm vergönnt war, war es den gewaltigen Aufgaben nicht gewachsen.

- Zudem wurde zu viel Zeit mit Grundsatzfragen – wie etwa der rechtlichen Grundlage zur Schaffung einer Regierung oder der Berücksichtigung der sozialen Dimension bei der Abfassung des Grundrechtekatalogs – sowie mit selbstgefälliger Rhetorik vertan.

Allein die Debatten zum Grundrechtekatalog dauerten bis Ende Dezember, und als die Reichsverfassung schließlich am 27. März 1849 verabschiedet wurde, hatte sich das Blatt längst zugunsten der Gegenrevolution gewendet. Vor deren militärischer Macht musste die zum „Rumpfparlament“ geschmolzene Nationalversammlung schließlich im Sommer 1849 fliehen und wurde im Juni 1849 in Stuttgart aufgelöst

© W.E./2025

Bei aller Kritik sollte die Nationalversammlung nicht verdammt werden. Der von ihr erarbeitete Verfassungsentwurf mit seinem ausführlichen Grundrechtekatalog und dem sorgfältigen Austarieren von demokratischer und monarchischer Macht, von Föderalismus und Zentralstaatlichkeit war in vieler Hinsicht wegweisend.

Zudem darf die schier unüberwindbare Komplexität ihrer Aufgabe nicht übersehen werden. Wie konnten die als deutsch angesehenen österreichischen Provinzen in ein deutsches Reich integriert werden, ohne den Habsburger Vielvölkerstaat dabei zu zerstückeln?

Aber ließ sich ein geeintes Deutschland ohne Salzburg, Innsbruck und Wien denken?

Über diese Frage und den sich daraus ergebenden Plan, die (klein-)deutsche Kaiserwürde dem preußischen Königshaus anzutragen, zerbrach die Einheit des Parlaments.

- Als Friedrich Wilhelm IV. im April 1849 die durch einen so teuren parlamentarischen Kompromiss erkaufte Krone verwarf, war klar, dass die politische Mission der Nationalversammlung unerfüllbar geworden war.

Die parlamentarischen Debatten in Frankfurt und in den verschiedenen Landesparlamenten waren in einen breiten Prozess der Politisierung der deutschen Bevölkerung eingebunden. Das befreiende „Märzereignis“ hatte alle Schranken niedergerissen, die der Ausbildung einer politischen Öffentlichkeit bisher im Wege gestanden hatten. Wo Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nicht sogleich bewilligt worden waren, nahmen sich die Menschen diese Rechte einfach.

© W.E./2025

Es kam zu einer veritablen Presse-Explosion: Zahllose Zeitungen, Zeitschriften, Pamphlete und Flugblätter aller politischen Couleur wurden landauf landab gedruckt und eifrig gelesen. In ganz Deutschland sollen 1849 ca. 1700 Zeitungen erschienen sein. Bis in das platte Land hinein fanden sich Lesehallen, wo solche Druckerzeugnisse auslagen und hitzig diskutiert wurden.

Ohne Angst vor Polizeispitzeln oder Gendarmen haben zu müssen, debattierten die Menschen nun leidenschaftlich auf Straßen und Plätzen, in Gasthäusern und Cafés. Nicht selten entwickelten sich aus solchen Diskussionen Protestzüge, in deren Verlauf die Forderungen der Menge lauthals an die Orte der Macht transportiert wurden – vor Schlösser, Rathäuser oder Ministerien.

Gerade in den größeren Städten gärte die „Straßenpolitik“ beständig, aber entgegen einer älteren Forschungsmeinung blieben auch die Bewohner ländlicher Räume weiterhin politisch mobilisiert.

Ein solches Engagement wurde auch durch eine Vielzahl von Festen aufrechterhalten, auf denen die revolutionären Errungenschaften gefeiert wurden oder man den Opfern der Kämpfe gedachte.

Der revolutionäre Politisierungs- und Mobilisierungsprozess war so umfassend, dass selbst unterprivilegierte Gruppen – wie beispielsweise Frauen oder Juden – die Gelegenheit ergriffen, sich aktiv einzubringen.

Zeitgleich bildete sich eine unüberschaubare Vielzahl von Vereinen, Clubs und Verbindungen, in denen Gleichgesinnte zur besseren Vertretung ihrer Interessen zusammenkamen. Dabei ist vor allem die Gründung politischer Vereine zu beachten, die das gesamte Spektrum umfassten. Schon bald wurden hier die Unterschiede zwischen Demokraten und Liberalen deutlicher, die im Vormärz noch durch ihre gemeinsame Opposition zum monarchischen Obrigkeitsstaat verdeckt geblieben waren.

© W.E./2025

Diese breitgefächerten Entwicklungen waren bedeutsam – gerade auch auf längere Sicht, aber sie konnten den Umschlag im Herbst des Revolutionsjahres nicht verhindern.

Im September brachen in Frankfurt und Baden Volksaufstände der städtischen Unterschichten und innerhalb der Landbevölkerung aus, die sich diesmal gegen die neue Ordnung richteten.

Enttäuscht vom zögerlichen Tempo der Veränderungen und von Rückschlägen im nationalen Krieg gegen Dänemark sowie angestachelt von republikanischen Wortführern wie Ludwig Simon und Gustav Struve wandten sich radikale Aufständische gegen die Nationalversammlung und das badische Märzministerium unter Karl Georg Hoffmann.

Mit Hilfe preußischer, österreichischer und badischer Truppen wurden diese Erhebungen resolut niedergeschlagen, und das Schreckgespenst eines linksradikalen Umsturzes gab den Revolutionsgegnern nunmehr eine scharfe politische Waffe in die Hand.

Von der anhaltenden Dynamik der revolutionären Aktionen im Arbeiter- und Handwerkermilieu verunsichert, sehnte sich das politisch moderate Bürgertum zunehmend nach Ruhe und Ordnung.

Nachdem der nun wieder fest im Sattel sitzende preußische König Kaiserwürde und Verfassung verworfen hatte, wandte sich das Frankfurter Parlament im Mai 1849 an das deutsche Volk: jeder sei nun aufgerufen, dem Verfassungstext Gültigkeit zu verleihen. Als Reaktion darauf entwickelte sich eine zweite Revolutionswelle, die Reichsverfassungskampagne.

© W.E./2025

Unter dem Banner des Verfassungstextes mobilisierten sich vor allem städtische unterbürgerliche Kräfte zur Verteidigung der Revolutionserrungenschaften gegen die fürstliche Gegenrevolution.

In Hannover, Württemberg und Preußen kam es zu teilweise blutigen Auseinandersetzungen. Nach der Flucht des sächsischen Königs bildete sich in Dresden eine kurzlebige Gegenregierung, die Anfang Mai von preußischen und sächsischen Truppen in Barrikadenkämpfen niedergerungen wurde.

Im Königreich Bayern wurden die Unruhen in Franken durch die Ausrufung einer kurzlebigen Republik in der Rheinpfalz überschattet. Sie trat Mitte Mai ins Leben, wurde aber schon einen Monat später von preußischen Interventionstruppen beendet.

Die Hoffnung auf einen geeinten konstitutionellen Nationalstaat und die kurze, aber intensive Erfahrung politischer Freiheit ließen sich nicht aus dem kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung tilgen. Trotz beachtlicher Anstrengungen gelang es den Regierungen in den 1850er Jahren nicht, die Uhr gänzlich auf die Zeit vor dem März 1848 zurückzudrehen.

Preußen blieb ein Verfassungsstaat, in dessen Landtag liberale Abgeordnete schon 1858 wieder die Mehrheit bildeten.

Unter dem Beifall der nationalliberalen Partei wurde König Wilhelm I. von Preußen, der 1849 als Prinz die Truppen im badischen Feldzug kommandiert hatte, 1871 zum Kaiser eines konstitutionellen deutschen Nationalstaat ausgerufen.

„Die Totengräber der Revolution von 1848“, so der grimmige Kommentar von Friedrich Engels, „waren ihre Testamentsvollstrecker geworden.“

© W.E./2025

Exkurs - Frühe Geschichte von Schloss Hambach

Die ursprüngliche Anlage stammte aus dem 11. Jahrhundert und gehörte zum Eigentum der Salier.
Sie erhielt ihren Namen nach dem *Kästenberg* (dem heutigen Schlossberg). Weil sie an strategisch günstiger Lage errichtet wurde, beherrschte sie die sich bei Neustadt kreuzenden Handelswege.

Der Speyerer Bischof Johannes I. († 1104), der verwandtschaftlich mit den Saliern verbunden war, vermachte die Burg dem Hochstift Speyer, dem sie über Jahrhunderte bis zum Ende der Feudalzeit gehörte. Die Burg spielte eine prominente Rolle bei der Verteidigung des Hochstifts im Mittelalter, wie zahlreiche Besuche von Bischöfen ab 1180 bezeugen. Viele Speyerer Bischöfe haben zeitweise hier residiert; Nikolaus von Wiesbaden empfing am 12. Juni 1388 in der Burgkapelle die Bischofsweihe.

Zu den sich nach der Burg benennenden Ministerialen gehörte Trushard von Kästenburg (bezeugt 1178 bis 1201). Er machte eine glänzende Karriere im Dienste Kaiser Heinrichs VI. Ab 1188 wurde er in die Lombardei entsandt, im selben Jahr wurde er Podestate von Chieri und Ivrea, dann 1193 kaiserlicher Vertreter in Italien, bevor er nach Speyer zurückkehrte und Schatzmeister wurde. Die Nachfolger von Trushard waren andere Familien, wie ab 1256 die Schnittlauch von Kästenburg.

1552 eroberten Truppen des Markgrafen und Söldnerführers Albrecht Alcibiades die Burg und brannten sie nieder, weshalb die Bischöfe in das nahe als Ersatz errichtete Schloss Geispitz zogen. Bischof Marquard von Hattstein ließ die Kästenburg notdürftig wieder aufbauen. Die Anlage diente danach einem bischöflichen Förster als Domizil.

Im Pfälzischen Erbfolgekried wurde die marode Anlage 1688 von den Franzosen niedergebrannt und blieb Ruine.

Lediglich die dem Erzengel Michael geweihte Burgkapelle wurde nochmals aufgebaut und am 9. Juli 1723 wieder eingeweiht.

Französische Revolutionäre plünderten diese am 30. Juli 1794 und zerstörten sie. Die dort von den Gläubigen verehrte Figur des Erzengels Michael banden sie dabei zum Spott an den Schweif eines Pferdes und ritten damit durch die Straßen. Die gesamte Burgruine fiel zunächst an den französischen Staat, später (1816) an das Königreich Bayern.

Das Schloss ist heute **keine Ruine** mehr. Es war zwar lange Zeit eine, wurde aber nach umfassenden Umbauten und Renovierungen (zuletzt um 2008) als modernes Schloss wiedereröffnet.

Leibeigenschaft - ein zeitgeschichtlicher Überblick

Die Leibeigenschaft in Deutschland wurde nicht durch ein einzelnes Gesetz, sondern in einem stufenweisen Prozess zwischen 1781 und 1848 abgeschafft.

Maßgeblich waren die preußischen Reformen ab 1807 (Oktoberedikt), während sie in anderen Regionen wie Württemberg (1817) oder Mecklenburg (1820) zu anderen Zeiten aufgehoben wurde.

1781/1783:	Teilaufhebungen in den habsburgischen Ländern (Österreich/Teile Süddeutschlands).
1807:	Das Oktoberedikt in Preußen läutet das Ende der Leibeigenschaft ein (vollständig umgesetzt bis ca. 1810/1811).
1808:	Aufhebung in vielen napoleonisch geprägten Gebieten wie dem Königreich Westphalen.
1811:	Abschaffung im Großherzogtum Hessen.
1817:	Aufhebung in Württemberg.
1820:	Gesetz zur Aufhebung in Mecklenburg.
1848:	Mit der Revolution 1848 wurden die letzten Reste der Grundherrschaft und die damit verbundenen Arbeitsdienste in den meisten deutschen Staaten endgültig beseitigt. Die Bauernbefreiung war ein langer, schrittweiser Prozess, der die persönliche Freiheit der Bauern herstellte, sie aber oft durch Ablösezahlungen für das Land an die Gutsherren finanziell stark belastete.

© W.E./2025